

Meine Damen und Herren

Mein Thema lautet: Ist eine politische Restauration möglich?
Ich möchte eingangs erläutern, welche Frage hier angeschnitten werden soll.

In einer der griechischen Exilzeitungen war in letzter Zeit ~~einem Leitartikel~~ folgendes zu lesen: "Der Widerstand hat sich auf die Gesamtheit des Volkes zu stützen. Seine Parolen müssen einfach sein. Sein Ziel kann nurein einziges sein: Die Selbstbestimmung des Volkes. Die Zentrumsunion, die ERE, die EDA, die Kommunistische Partei und die anderen politischen Kräfte stimmen mit diesen Forderungen überein. Diese Übereinstimmung muß konkretisiert werden. Der richtigste Weg dazu ist die Bildung eines Nationalen Befreiungskomitees". Kurze Zeit danach veröffentlichte das Büro des Zentralkomitees der KP (Inxland) eine Erklärung, in der es hieß: "Der Kampf muß in der politischen Forderung nach einer Regierung der nationalen Einheit aus allen antidiktatorischen Parteien und Organisationen gipfeln. Die Zeit für einen Nationalen Rat aller gegen die Diktatur gerichteten Kräfte ist gekommen. Die gegen die Diktatur gerichtete Allianz muß zu einer Allianz für ein gemeinsames Programm umgestaltet werden., ein Programm, das so breit sein muß, daß es alle gegen die Diktatur gerichteten Kräfte umfaßt und so konkret, daß es der Herrschaft des Volkes den Weg ebnet". Ähnliche Auffassungen sind auch von den Konservativen politischen Kräften vertreten. In Athen spricht man von einer Regierung der nationalen Einheit unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten Kannellopoulos.

des erwähnten

Dem uninformatierten Leser ~~dieses~~ Leitartikels und der Erklärung der KP scheint eines der wesentlichen Hindernisse für die Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland die Zersplitterung der demokratischen Kräfte ^{zu sein} ~~ist~~. Könnte man diese Zersplitterung überwinden, so würde bald der Faschismus, angesichts der Krise in der er sich befindet, kampfflos das Feld räumen oder zusammenbrechen. Im entstehenden politischen Vakuum würde die geplante Regierung der nationalen Einheit das Ruder ergreifen. Sie würde gleiche Startchancen für alle politischen Kräfte herstellen. Jede

Partei oder Richtung könnte sich dann im freien Wettbewerb der Meinungen ungehindert entfalten. Das Volk würde schließlich selbst bestimmen, welche politische Gruppe die Regierungsgeschäfte übernehmen soll. Damit würde die Wiederherstellung des demokratischen Kräftespiels Realität werden.

Ich will im Nachfolgenden der Frage nachgehen, ob dieses hier dargestellte Entwicklungsschema realisierbar ~~ist~~, ob die Demokratie im wesentlichen nur von der Bildung eines nationalen Befreiungsrates abhängt, ob eine freie politische Gesellschaft in Griechenland ohne weiteres verwirklicht werden könne.

Als erstes stellt sich die Frage, wer die politische Restauration, wie ich schlagwortartig das soeben geschilderte Entwicklungsschema kennzeichnen ~~werde~~^{möchte}, realisieren wird. Es bieten sich folgende drei Möglichkeiten an; die Vereinigten Staaten, die hinter dem Putsch des 21. April standen, die heutigen Machthaber in Athen selbst oder schließlich die griechische Bevölkerung. Alle diese Möglichkeiten werden als ~~real~~^{real} eingeschätzt. Prüfen wir die erste Alternative. Viele der Politiker der Rechten und der Zentrumsunion glauben in der Tat, die Vereinigten Staaten könnten dazu bewogen werden, die Athener Junta durch ein demokratisches Regime zu ersetzen, wenn man ihnen eine Regierung unter einem konservativen Politiker bieten würde.

Der letzte Staatsstreich des 25. Novembers stellt nur eine Wachablösung dar. Die neue ~~XXXXXX~~ Junta ist nur ein Teil der alten. Sie übernahm nach dem mißglückten Experiment der Papadopoulos Demokratie die Macht, um die Situation, die der Kontrolle der Regierung entglitten war, wieder in den Griff zu bekommen. Der Umstand, daß der neue Putsch ohne jedes Blutvergießen erfolgte, deutet auf die Mitarbeit der Vertreter der Vereinigten Staaten in Athen. Unter dieser Junta kontrolliert Washington noch offener als je zuvor das politische Leben Griechenlands. Die Vereinigten Staaten befinden sich jedoch in Ungewißheit über den Weg, den sie einschlagen sollen. Es ist ihnen und den Militärs klar, daß brutale Gewalt, wie sie

die wegen der Unterstützung eines Teils der Bevölkerung sich genügend stark fühlen, um ihren Führungsanspruch auch unter den parlamentarischen Regeln durchzusetzen. Diese Voraussetzung ist, wie bereits hervorgehoben, nicht gegeben. Es fehlt jedoch auch an der weiteren Voraussetzung der formalen Legalitätsstruktur, die eine Entwicklung zu einer politischen Restauration erlauben würde. Das Regime hat die von ihm selbst gutgeheißene Verfassung außer Kraft gesetzt. Die Exekutive hat sich alle Gewalten vorbehalten. Sie bestimmt die Verfassungsnormen, die Gesetze und urteilt über die Opponenten selbst. Die Herrscher unterliegen keiner Kontrolle, sind niemandem verantwortlich, halten sich an keine Regel und heben die Regel, die sie selbst mißachten, auch nicht auf. Es herrscht im Namen der Staatsräson ein Zustand völliger Willkür. Dies ist auch erforderlich, um die Bevölkerung zu terrorisieren und zu unterdrücken. Würden sich die Militärs auf irgendwelche Spielregeln einlassen, wie es im Falle der Evolution zu einer Demokratie erforderlich wäre, so würde das Regime nicht überleben. / Das Regime ist nicht abänderbar. Es wird bis zum Zeitpunkt seines Zusammenbruchs eine Diktatur bleiben.

Es bleibt nur noch die dritte Alternative zu prüfen, ob nicht die politische Restauration die Folge einer Revolution, etwa von Massendemonstrationen oder eines Aufstandes eines Teils der Armee sein könnte. / Hinter dem heutigen Regime stehen verschiedene Gruppen der Armee. Neben den Natohörigen Generälen, den faschistischen von einem korporativen Staat träumenden Obersten gibt es auch die Nationalisten, die Sozialisten, sowie eine Vielzahl von Fraktionen, die glauben, die Armee könne und müsse regieren.

Sollte eine dieser Fraktionen die Macht übernehmen, so wird, sie, um überleben zu können, die anderen unterdrücken. Jeder Revolte wird eine Zeit der Repression und nicht die politische Restauration folgen. Sollte es einer Gruppe von Militärs, die für eine bürgerliche parlamentarische Demokratie eintreten, gelingen, die Oberhand zu gewinnen, so bedeutet das keineswegs die Wiederherstellung von Ruhe und politischer Ordnung. / In einem

heute angewandt wird, auf lange Sicht kein Mittel zur Weiterführung der politischen Geschäfte in Griechenland ist. Neue blutige Zusammenstöße werden die Moral der griechischen Armee noch weiter angreifen. Es erscheint daher angebracht, eine demokratische Fassade, wie sie Papadopoulos errichtet hatte, wieder aufzustellen. Können jedoch die Vereinigten Staaten heute dort erfolgreich sein, wo Papadopoulos versagte? Zwei Wege bieten sich ihnen an. Der erste ist der eines von der Armee unterstützten Polizeistaates, der formal von einer Zivilregierung geleitet wird. Damit dieser Weg erfolgreich befolgt wird, genügt es nicht, die Sympathie der konservativen Politiker zu gewinnen. Es ist zwar möglich, durch ~~die~~ ^W Änderungen der diktatorischen Verfassung, wie sie bereits nach dem 25. November vorgenommen wurden, den einen oder anderen Politiker zur Mitarbeit zu überreden. Wesentlich ist es jedoch, die Unterstützung eines, wenn auch geringen Teils der Bevölkerung, zu gewinnen, damit der repressive und verwaltende Staatsapparat den Erfordernissen der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechend ausgebaut ^{wird} und in befriedigender Weise funktioniert. Die nebensächlichen Formalien und die äußeren Merkmale eines bürgerlichen parlamentarischen Regimes könnten dann eingeführt werden. Ein faschistisches Regime kann zur Mitarbeit nur das Großbürgertum oder die bürgerlichen Mittelklassen gewinnen. Das griechische Großbürgertum ist weder zahlreich genug, noch mit dem Land so eng verbunden, daß es einer Regierung die entscheidende Hilfe gewähren kann. Die Schiffseigentümer etwa bilden eine Gruppe, deren Interessen zu weit verstreut sind, um bereit zu sein, in Griechenland selbst eine aktive politische Rolle zu übernehmen.

Die bürgerlichen Mittelklassen, die einzige weitere Alternative stehen ~~jedoch~~ dem Regime ablehnend gegenüber. Die wirtschaftliche Entwicklung während der letzten sieben Jahre, die auf einer in der Karamanlis Ära entworfenen Wirtschaftspolitik beruhte, hat die ökonomische Kraft der Mittelklasse unterminiert. Das ~~griech~~ griechische Wirtschaftswunder war kurzlebig. Es spiegelte die intensive Investition ausländischen ausbeute-

rischen Kapitals, nachdem die Militärs Ruhe und Ordnung wiederhergestellt hatten, wider. Die wirtschaftliche Entwicklung wurde nach einem Schema betrieben, das den Interessen der entwickelten Industrienationen entsprach. Die griechische Landwirtschaft, deren Potential ~~is~~ beachtlich ist und die noch immer die Lebensgrundlage für fast die Hälfte der Bevölkerung bietet, wurde vernachlässigt. Statt dessen konzentrierten sich die Investitionen auf den Bau von Luxuswohnungen und den Tourismus. Die wenigen Industrieprojekte betrafen die Verarbeitung von ^{die von} entwickelten Ländern eingeführt ^{werden} (Halbfertigerzeugnissen). Die Auswanderung nach der Bundesrepublik, Kanada, Australien setzte sich in verstärktem Maße fort. Die Ölkrise hat gezeigt, wie verwundbar dieser ganze Bau war. Der wirtschaftliche Aufschwung war in Wirklichkeit Ausbau wirtschaftlicher Abhängigkeit und bedeutete Unterentwicklung. Die Preiserhöhungen vom Februar 73 bis zum Februar 74 erreichten einen Satz von 34%. Die Inflationsrate ist die höchste in Europa. Das Defizit der Außenhandelsbilanz stieg für das Jahr 1973 auf ungefähr zwei Milliarden Dollar. Die gesamte Wirtschaft befindet sich in einer tiefen Krise. Ein Ausweg ist nicht zu sehen. Vielmehr besteht die Vermutung, daß sich die Lage verschlechtern wird, denn von 1974 an müssen 300 Millionen Dollar jährlich an ausländische Kreditgeber, die die Wirtschaftspolitik der Obristen finanziert hatten, zurückgezahlt werden. Die Mittelklassen und das gesamte griechische Bürgertum sind von der Krise tief betroffen. Sie sehen, daß die Militärs mit ihrer abenteuerlichen Ausverkaufspolitik die Interessen der Schichten, die den bürgerlichen Staat tragen, mißachtet haben. Sie sind daher kaum bereit, neue Experimente der Militärs mit demokratischen Fassaden zu unterstützen.

Den Amerikanern bietet sich somit nur eine zweite Lösung an, die eines bürgerlichen parlamentarischen Regimes, dessen Träger die konservativen politischen Kräfte sein werden und dessen Entwicklung von den Militärs eng verfolgt und beaufsichtigt werden wird, die Parallellösung zu der Türkei. Eine solche Lösung birgt jedoch, wie das Papadopoulos Experiment gezeigt hat, große Gefahren in sich. Während der kurzlebigen ~~Libe-~~ Libe-

ralisierung des Papadopoulos-Regimes hat die Presse unter starkem Wettbewerbsdruck dem Publikum, das nach jahrelanger Unterdrückung sich informieren wollte, eine offene Kritik am Regime und eine schonungslose Bloßstellung seines autoritären Charakters geboten. Die Studenten, Arbeiter und frei beruflich Tätigen haben sich offen organisiert, um die ihnen aufgezwungenen konservativen Interessenvertretungen abzuschütteln. / Niemand kann verbürgen, daß bei einer erneuten Liberalisierung sich nicht politische Kräfte formieren und durchsetzen werden, die für eine Lösung von der NATO eintreten, sich gegen die amerikanische Vorherrschaft wenden werden. Die Vertreter der Vereinigten Staaten in Athen wissen, daß die Griechen die Amerikaner für ihre politische Unterdrückung und wirtschaftliche Ausbeutung verantwortlich halten. Selbst bei einer von den Militärs beabsichtigten Demokratie könnten bald den mühsam in den Sattel gehobenen konservativen Kräften die Zügel aus den Händen entrisen werden. Die Militärs wären dann gezwungen, wieder einzugreifen. Das Experiment könnte mit einem noch eklataneren und gefährlicheren Fehlschlag als das Papadopoulos-Regime enden. // Die Vereinigten Staaten befinden sich angesichts der heutigen Situation in Griechenland in einer Sackgasse. Das bedeutet jedoch noch lange nicht, daß sie bereit wären, ihren Herrschaftsanspruch aufzugeben. Diejenigen, die auf eine politische Restauration hoffen, übersehen, daß die Entwicklungen in Griechenland nicht allein durch die besonderen Bedingungen der griechischen Wirklichkeit bestimmt werden. Die Situation in Griechenland ist Folge der imperialistischen Politik der Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten sind bereit, mit Hilfe von Gewalt die Positionen zu sichern, die sie für die Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen für notwendig erachten. Griechenland ist nur ein Aspekt des Phänomens, das sich in Chile oder Vietnam auch bemerkbar macht. Eine von den Vereinigten Staaten gesegnete freie politische Betätigung kann es nicht geben.

Prüfen wir trotzdem die zweite Möglichkeit, zu einer politischen Restauration zu kommen, nämlich den Fall, daß sich das heutige griechische Regime von selbst zu einer parlamentarischen Demokratie entwickelt. Voraussetzung einer demokratischen Evolution wäre das Bestehen von politischen Kräften hinter dem Regime,

Land, wo die Armee sich gewöhnt hat, ihre politischen Ansichten mit Hilfe von Waffengewalt durchzusetzen, wo Interessen der imperialistischen Mächte eine entscheidende Rolle spielen, wo starke Gegensätze zwischen Arm und Reich, zwischen Land- und Stadtbevölkerung bestehen, sind die Chancen eines dauerhaften Kompromisses zwischen den verschiedenen Gruppen oder Klassen gering. Bei jeder Gefährdung des Gleichgewichts wird, wie das 1967 bereits geschah, die Angst vor Verlust ~~der~~ erkämpfter Positionen zu Eingriffen führen, die mit den parlamentarischen Regeln nicht vereinbar sind.

Eine politische Restauration, wie sie von Formeln, wie die der Regierung der nationalen Einheit angedeutet wird, beruht auf dem Glauben, das gemeinsame Interesse am Sturz der Diktatur könne allein verfolgt werden. Weitere Bestrebungen sind für diesen Zeitraum zurückzustellen. So heißt es etwa im erwähnten Leitartikel des Anhängers der Zentrumsunion: "Die politischen Programme und die ideologischen Auseinandersetzungen müssen der Befreiung folgen". Jedoch, schon allein der Beschluß für eine bestimmte Übergangslösung impliziert ein politisches Programm und die Entscheidungen der Übergangsregierung werden die Richtung, die das neue Regime nehmen wird, präjudizieren. Politische Kämpfe werden um gesellschaftliche Probleme von sozialen Gruppen mit Interessen und Zielvorstellungen geführt. Politische Kompromisse, wie eine Regierung der nationalen Einheit, ~~wie~~ wirken sich für und wider bestimmte Gruppen aus, sie stellen nicht gleiche Startchancen für alle her.

Die Hoffnung, man könne von den konkreten Interessen und Zielvorstellung abstrahieren und das Problem der politischen Entwicklung zu einem Kampf zwischen Gutem und Bösem reduzieren, ist unreal. Die Diskussion um die politische Restauration erzeugt ein falsches Bewußtsein und wirkt sich zu Lasten der Kräfte aus, die die Wiederherstellung der Demokratie anstreben. Sie nährt den Glauben, daß es eine für alle Seiten befriedigende Regelung erreichbar sei, sie verschweigt die entscheidende Rolle der Vereinigten Staaten. Den Bemühungen um

die Demokratie in Griechenland ist weder mit einer Verniedlichung der Probleme noch mit Formeln gedient, die weil breit inhaltsleer sind. Vornehmliche Aufgabe der demokratischen Kräfte ist es, ein klares Bewußtsein der bestehenden Möglichkeiten und der angestrebten Ziele zu erzeugen. Erst dann wird ~~es möglich sein~~ ^{man vermeiden}, statt zwischen großsprecherischen Parolen und herben Enttäuschungen hin und her getrieben zu werden. ~~bei jeder Gelegenheit die eigene Position zu stärken und auf die Entwicklung so einzuwirken, daß eine demokratische und sozialistische Gesellschaft Wirklichkeit wird.~~ Nur wenn man sich Klarheit darüber verschafft, welche Positionen auf Grund des jeweiligen Kräfteverhältnisses erkämpft werden können, welche Bedeutung den gebotenen Lösungsmöglichkeiten für die Fortsetzung des Kampfes zukommt, welche politische Linie erforderlich ist, um die Unterstützung der Masse der Bevölkerung zu gewinnen ist es möglich eine erfolgreiche Strategie anzuwenden. Politisches Bla-bla und gutgemeinte Beruhigungsformel verdecken die Tragweite der einzelnen Entwicklungen, erzeugen falsche Hoffnungen und erlauben es nicht eine irreführende, enttäuschte und orientierungslose Bevölkerung zu mobilisieren. Aufgabe einer demokratischen Strategie ist es auf die Entwicklung so einzuwirken, daß eine demokratische und sozialistische Gesellschaft Wirklichkeit wird.

Schils Fritz
Wickert Ulrich
Röhl
Legas
~~Starpelis~~,
Tsichalos

Franceschini -

Hat die Revolte vereitelt

Öffnung möglich

Fassade Wo das Zentrum
- Betrag durch den Markt lag
- Ausland

Diktator-institutionalisiertes
Folterzeugen
(Verteidigungsapparat hat
nicht.

- Reaktion im System eingebaut.
- wirtschaftliche Entwicklung (4)
- Legitimationskrise des Systems
archaische-autoritäre Verfassung
- institutionalisierte Verfassung
- Fehlen bürgerlicher Freiheiten
Unterdrückung - Gegenwirkung

a) Einheit - wozu, mit welchem Programm und welchen Mitteln
Positionen klar

Allianz löst die Probleme nicht.

Einheit um ein Papier herauszugeben nicht

Einheit um konkrete Schritte vorzunehmen

b. Regierung nationaler Einheit

Rede Politik Redter Regierung

o

Auseinandersetzung ~~solche~~ Ausmaßes
Gegenschlag-siegereiler Rückzug

Kämpferisches Klima - Spontaneität

a) - ~~Kooperatives Netz~~
- ~~Klasse es nicht geben~~

} ~~Ständeklassen - Mittelklasse~~

b) Gegenpol was wir wissen nur die Amerikaner überzeugen

Ausweg aus der derzeitigen Lage

Struktur der Macht - effektive Gegenmacht - Überlegung man
kann die volle Macht an sich reißen

Politisches Konzept
Einigkeit in der Spitze

Einheit - wozu?

Ich finde die Disziplinäre Leiderrolle

- ^{müsse} ~~Mitnahme~~ von Militärs kommen.
Volksaufstand

Blutbad machen muß ^{Wie sie}
Eine Auslegung davon in jedem Betrieb.
Organisation - was bedeutet kleine Gruppen konspirativ.

- Wenn das gewöhnliche Volk
wie vorher immer
wenn Papandreu eine solche Rolle spielt, deshalb
wäre man sich mit persönlichen Querelen und nicht
politische Bewußtseinsbildung beitragen.

- Regierung der nationalen Einheit - Zentrum - wird kaum nur rechte Politik betreiben - Rechte kann alleine ihre Politik machen - Initiative und Verantwortung - Initiative bei der Recht und die Verantwortung bei der Linken

§1

- Einheit bei der Basis - Einheit auf Grund eines konkreten Programms - ~~gegen~~ gegen Einheitsräte die eine seitenrichtige politische Erklärung und sonst nicht tun
leider gibt es solche

- Ob Sie nicht diesen nun über die KP zu arbeiten. Ich habe nur die verschiedenen Auffassungen ~~geprüft~~ auf ihre Stützbarkeit geprüft.

Restoration durch die Bevölkerung möglich - wie

Strategie ^{Bla-Bla} Regierung der nationalen Einheit - was das genau bedeutet -> leichte verbale Lösungen

1) Wunsch des gesamten griechischen Volkes - taktische Überlegung

2) Spaltung wird ~~nicht~~ aufgehoben. -> Wunsch der konservativen Kräfte ist nicht auf dem Heiteren Himmel gefallen ist.

alles abblenden - falsches abblenden

Nach dieser Übersicht werden sie wohl die Frage stellen, welche Perspektive sich Griechenland öffnet

(Auf diese Frage will ich im Laufe der Diskussion antworten)

Die Möglichkeit eines bürgerlichen-parlamentarischen Regimes das sich in ruhigen Verhältnissen fortentwickelt ist für die voraussehbare Zukunft nicht gegeben.

Die unmittelbare Entwicklung hängt von dem Kräfteverhältnis zwischen den verschiedenen Gruppen der Armee ab

Meine Damen und Herren

Mein Thema lautet: Ist eine politische Restauration möglich?
Ich möchte eingangs erläutern, welche Frage hier angeschnitten werden soll.

In einer der griechischen Exilzeitungen war in letzter Zeit einem Leitartikel folgendes zu lesen: "Der Widerstand hat sich auf die Gesamtheit des Volkes zu stützen. Seine Parolen müssen einfach sein. Sein Ziel kann nurein einziges sein: Die Selbstbestimmung des Volkes. Die Zentrumsunion, die ERE, die EDA, die Kommunistische Partei und die anderen politischen Kräfte stimmen mit diesen Forderungen überein. Diese Übereinstimmung muß konkretisiert werden. Der richtigste Weg dazu ist die Bildung eines Nationalen Befreiungskomitees". Kurze Zeit danach veröffentlichte das Büro des Zentralkomitees der KP (Inland) eine Erklärung, in der es hieß: "Der Kampf muß in der politischen Forderung nach einer Regierung der nationalen Einheit aus allen antidiktatorischen Parteien und Organisationen gipfeln. Die Zeit für einen Nationalen Rat aller gegen die Diktatur gerichteten Kräfte ist gekommen. Die gegen die Diktatur gerichtete Allianz muß zu einer Allianz für ein gemeinsames Programm umgestaltet werden., ein Programm, das so breit sein muß, daß es alle gegen die Diktatur gerichteten Kräfte umfaßt und so konkret, daß es der Herrschaft des Volkes den Weg ebnet". Ähnliche Auffassungen sind auch von den Konservativen politischen Kräften vertreten. In Athen spricht man von einer Regierung der nationalen Einheit unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten Kannelopoulos.

Dem uninformierten Leser dieses Leitartikels und der Erklärung der KP scheint eines der wesentlichen Hindernisse für die Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland die Zersplitterung der demokratischen Kräfte ist. Könnte man diese Zersplitterung überwinden, so würde bald der Faschismus, angesichts der Krise in der er sich befindet, kampflos das Feld räumen oder zusammenbrechen. Im entstehenden politischen Vakuum würde die geplante Regierung der nationalen Einheit das Ruder ergreifen. Sie würde gleiche Startchancen für alle politischen Kräfte herstellen. Jede

Partei oder Richtung könnte sich dann im freien Wettbewerb der Meinungen ungehindert entfalten. Das Volk würde schließlich selbst bestimmen, welche politische Gruppe die Regierungsgeschäfte übernehmen soll. Damit würde die Wiederherstellung des demokratischen Kräftespiels Realität werden.

Ich will im Nachfolgenden der Frage nachgehen, ob dieses hier dargestellte Entwicklungsschema realisierbar ist, ob die Demokratie im wesentlichen nur von der Bildung eines nationalen Befreiungsrates abhängt, ob eine freie politische Gesellschaft in Griechenland ohne weiteres verwirklicht werden kann.

Als erstes stellt sich die Frage, wer die politische Restauration, wie ich schlagwortartig das soeben geschilderte Entwicklungsschema kennzeichnen werde, realisieren wird. Es bieten sich folgende drei Möglichkeiten an, die Vereinigten Staaten, die hinter dem Putsch des 21. April standen, die heutigen Machthaber in Athen selbst oder schließlich die griechische Bevölkerung. Alle diese Möglichkeiten werden als ~~real~~^{real} eingeschätzt. Prüfen wir die erste Alternative. Viele der Politiker der Rechten und der Zentrumsunion glauben in der Tat, die Vereinigten Staaten könnten dazu bewogen werden, die Athener Junta durch ein demokratisches Regime zu ersetzen, wenn man ihnen eine Regierung unter einem konservativen Politiker bieten würde.

Der letzte Staatsstreich des 25. Novembers stellt nur eine Wachablösung dar. Die neue ~~XXXXXX~~ Junta ist nur ein Teil der alten. Sie übernahm nach dem mißglückten Experiment der Papadopoulos Demokratie die Macht, um die Situation, die der Kontrolle der Regierung entglitten war, wieder in den Griff zu bekommen. Der Umstand, daß der neue Putsch ohne jedes Blutvergießen erfolgte, deutet auf die Mitarbeit der Vertreter der Vereinigten Staaten in Athen. Unter dieser Junta kontrolliert Washington noch offener als je zuvor das politische Leben Griechenlands. Die Vereinigten Staaten befinden sich jedoch in Ungewißheit über den Weg, den sie einschlagen sollen. Es ist ihnen und den Militärs klar, daß brutale Gewalt, wie sie

heute angewandt wird, auf lange Sicht kein Mittel zur Weiterführung der politischen Geschäfte in Griechenland ist. Neue blutige Zusammenstöße werden die Moral der griechischen Armee noch weiter angreifen. Es erscheint daher angebracht, eine demokratische Fassade, wie sie Papadopoulos errichtet hatte, wieder aufzustellen. Können jedoch die Vereinigten Staaten heute dort erfolgreich sein, wo Papadopoulos versagte? Zwei Wege bieten sich ihnen an. Der erste ist der eines von der Armee unterstützten Polizeistaates, der formal von einer Zivilregierung geleitet wird. Damit dieser Weg erfolgreich befolgt wird, genügt es nicht, die Sympathie der konservativen Politiker zu gewinnen. Es ist zwar möglich, durch die X Änderungen der diktatorischen Verfassung, wie sie bereits nach dem 25. November vorgenommen wurden, den einen oder anderen Politiker zur Mitarbeit zu überreden. Wesentlich ist es jedoch, die Unterstützung eines, wenn auch geringen Teils der Bevölkerung, zu gewinnen, damit der repressive und verwaltende Staatsapparat den Erfordernissen der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechend ausgebaut und in befriedigender Weise funktioniert. Die nebensächlichen Formalien und die äußeren Merkmale eines bürgerlichen parlamentarischen Regimes könnten dann eingeführt werden. Ein faschistisches Regime kann zur Mitarbeit nur das Großbürgertum oder die bürgerlichen Mittelklassen gewinnen. Das griechische Großbürgertum ist weder zahlreich genug, noch mit dem Land so eng verbunden, daß es einer Regierung die entscheidende Hilfe gewähren kann. Die Schiffseigentümer etwa bilden eine Gruppe, deren Interessen zu weit verstreut sind, um bereit zu sein, in Griechenland selbst eine aktive politische Rolle zu übernehmen.

Die bürgerlichen Mittelklassen, die einzige weitere Alternative stehen jedoch dem Regime ablehnend gegenüber. Die wirtschaftliche Entwicklung während der letzten sieben Jahre, die auf einer in der Karamanlis Ära entworfenen Wirtschaftspolitik beruhte, hat die ökonomische Kraft der Mittelklasse unterminiert. Das ~~griech~~ griechische Wirtschaftswunder war kurzlebig. Es spiegelte die intensive Investition ausländischen ausbeute-

rischen Kapitals, nachdem die Militärs Ruhe und Ordnung wiederhergestellt hatten, wider. Die wirtschaftliche Entwicklung wurde nach einem Schema betrieben, das den Interessen der entwickelten Industrienationen entsprach. Die griechische Landwirtschaft, deren Potential ~~»~~ beachtlich ist und die noch immer die Lebensgrundlage für fast die Hälfte der Bevölkerung bietet, wurde vernachlässigt. Statt dessen konzentrierten sich die Investitionen auf den Bau von Luxuswohnungen und den Tourismus. Die wenigen Industrieprojekte betrafen die Verarbeitung von entwickelten Ländern eingeführten Halbfertigerzeugnissen. Die Auswanderung nach der Bundesrepublik, Kanada, Australien setzte sich in verstärktem Maße fort. Die Ölkrise hat gezeigt, wie verwundbar dieser ganze Bau war. Der wirtschaftliche Aufschwung war in Wirklichkeit Ausbauwirtschaftlicher Abhängigkeit und bedeutete Unterentwicklung. Die Preiserhöhungen vom Februar 73 bis zum Februar 74 erreichte einen Satz von 34%. Die Inflationsrate ist die höchste in Europa. Das Defizit der Außenhandelsbilanz stieg für das Jahr 1973 auf ungefähr zwei Milliarden Dollar. Die gesamte Wirtschaft befindet sich in einer tiefen Krise. Ein Ausweg ist nicht zu sehen. Vielmehr besteht die Vermutung, daß sich die Lage verschlechtern wird, denn von 1974 an müssen 300 Millionen Dollar jährlich an ausländische Kreditgeber, die die Wirtschaftspolitik der Obristen finanziert hatten, zurückgezahlt werden. Die Mittelklassen und das gesamte griechische Bürgertum sind von der Krise tief betroffen. Sie sehen, daß die Militärs mit ihrer abenteuerlichen Ausverkaufspolitik die Interessen der Schichten, die den bürgerlichen Staat tragen, mißachtet haben. Sie sind daher kaum bereit, neue Experimente der Militärs mit demokratischen Fassaden zu unterstützen.

Den Amerikanern bietet sich somit nur eine zweite Lösung an, die eines bürgerlichen parlamentarischen Regimes, dessen Träger die konservativen politischen Kräfte sein werden und dessen Entwicklung von den Militärs eng verfolgt und beaufsichtigt werden wird, die Parallellösung zu der Türkei. Eine solche Lösung birgt jedoch, wie das Papadopoulos Experiment gezeigt hat, große Gefahren in sich. Während der kurzlebigen ~~KXXX~~ Libe-

ralisierung des Papadopoulos-Regimes hat die Presse unter starkem Wettbewerbsdruck dem Publikum, das nach jahrelanger Unterdrückung sich informieren wollte, eine offene Kritik am Regime und eine schonungslose Bloßstellung seines autoritären Charakters geboten. Die Studenten, Arbeiter und frei beruflich Tätigen haben sich offen organisiert, um die ihnen aufgezwungenen konservativen Interessenvertretungen abzuschütteln. Niemand kann verbürgen, daß bei einer erneuten Liberalisierung sich nicht politische Kräfte formieren und durchsetzen werden, die für eine Lösung von der NATO eintreten, sich gegen die amerikanische Vorherrschaft wenden werden. Die Vertreter der Vereinigten Staaten in Athen wissen, daß die Griechen die Amerikaner für ihre politische Unterdrückung und wirtschaftliche Ausbeutung verantwortlich halten. Selbst bei einer von den Militärs beaufsichtigten Demokratie könnten bald den mühsam in den Sattel gehobenen konservativen Kräften die Zügel aus den Händen entrissen werden. Die Militärs wären dann gezwungen, wieder einzugreifen. Das Experiment könnte mit einem noch eklataneren und gefährlicheren Fehlschlag als das Papadopoulos-Regime enden. Die Vereinigten Staaten befinden sich angesichts der heutigen Situation in Griechenland in einer Sackgasse. Das bedeutet jedoch noch lange nicht, daß sie bereit wären, ihren Herrschaftsanspruch aufzugeben. Diejenigen, die auf eine politische Restauration hoffen, übersehen, daß die Entwicklungen in Griechenland nicht allein durch die besonderen Bedingungen der griechischen Wirklichkeit bestimmt wird. Die Situation in Griechenland ist Folge der imperialistischen Politik der Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten sind bereit, mit Hilfe von Gewalt die Positionen zu sichern, die sie für die Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen für notwendig erachten. Griechenland ist nur ein Aspekt des Phänomens, das sich in Chile oder Vietnam auch bemerkbar macht. Eine von den Vereinigten Staaten gesegnete freie politische Betätigung kann es nicht geben.

Prüfen wir trotzdem die zweite Möglichkeit, zu einer politischen Restauration zu kommen, nämlich den Fall, daß sich das heutige griechische Regime von selbst zu einer parlamentarischen Demokratie entwickelt. Voraussetzung einer demokratischen Evolution wäre das Bestehen von politischen Kräften hinter dem Regime,

die wegen der Unterstützung eines Teils der Bevölkerung sich genügend stark fühlen, um ihren Führungsanspruch auch unter den parlamentarischen Regeln durchzusetzen. Diese Voraussetzung ist, wie bereits hervorgehoben, nicht gegeben. Es fehlt jedoch auch an der weiteren Voraussetzung der formalen Legalitätsstruktur, die eine Entwicklung zu einer politischen Restauration erlauben würde. Das Regime hat die von ihm selbst gutgeheißene Verfassung außer Kraft gesetzt. Die Exekutive hat sich alle Gewalten vorbehalten. Sie bestimmt die Verfassungsnormen, die Gesetze und urteilt über die Opponenten selbst. Die Herrscher unterliegen keiner Kontrolle, sind niemandem verantwortlich, halten sich an keine Regel und heben die Regel, die sie selbst mißachten, auch nicht auf. Es herrscht im Namen der Staatsräson ein Zustand völliger Willkür. Dies ist auch erforderlich, um die Bevölkerung zu terrorisieren und zu unterdrücken. Würden sich die Militärs auf irgendwelche Spielregeln einlassen, wie es im Falle der Evolution zu einer Demokratie erforderlich wäre, so würde das Regime nicht überleben. Das Regime ist nicht abänderbar. Es wird bis zum Zeitpunkt seines Zusammenbruchs eine Diktatur bleiben.

Es bleibt nur noch die dritte Alternative zu prüfen, ob nicht die politische Restauration die Folge einer Revolution, etwa von Massendemonstrationen oder eines Aufstandes eines Teils der Armee sein könnte. Hinter dem heutigen Regime stehen verschiedene Gruppen der Armee. Neben den Natohörigen Generälen, den faschistischen von einem korporativen Staat träumenden Obersten gibt es auch die Nationalisten, die Sozialisten, sowie eine Vielzahl von Fraktionen, die glauben, die Armee könne und müsse regieren.

Sollte eine dieser Fraktionen die Macht übernehmen, so wird, sie, um überleben zu können, die anderen unterdrücken. Jeder Revolte wird eine Zeit der Repression und nicht die politische Restauration folgen. Sollte es einer Gruppe von Militärs, die für eine bürgerliche parlamentarische Demokratie eintreten, gelingen, die Oberhand zu gewinnen, so bedeutet das keineswegs die Wiederherstellung von Ruhe und politischer Ordnung. In einem

Land, wo die Armee sich gewöhnt hat, ihre politischen Ansichten mit Hilfe von Waffengewalt durchzusetzen, wo Interessen der imperialistischen Mächte eine entscheidende Rolle spielen, wo starke Gegensätze zwischen Arm und Reich, zwischen Land- und Stadtbevölkerung bestehen, sind die Chancen eines dauerhaften Kompromisses zwischen den verschiedenen Gruppen oder Klassen gering. Bei jeder Gefährdung des Gleichgewichts wird, wie das 1967 bereits geschah, die Angst vor Verlust ~~der~~ erkämpfter Positionen zu Eingriffen führen, die mit den parlamentarischen Regeln nicht vereinbar sind.

Eine politische Restauration, wie sie von Fommeln, wie die der Regierung der nationalen Einheit angedeutet wird, beruht auf dem Glauben, das gemeinsame Interesse am Sturz der Diktatur könne allein verfolgt werden. Weitere Bestrebungen sind für diesen Zeitraum zurückzustellen. So heißt es etwa im erwähnten Leitartikel des Anhängers der Zentrumsunion: "Die politischen Programme und die ideologischen Auseinandersetzungen müssen der Befreiung folgen". Jedoch, schon allein der Beschluß für eine bestimmte Übergangslösung impliziert ein politisches Programm und die Entscheidungen der Übergangsregierung werden die Richtung, die das neue Regime nehmen wird, präjudizieren. Politische Kämpfe werden um gesellschaftliche Probleme von sozialen Gruppen mit Interessen und Zielvorstellungen geführt. Politische Kompromisse, wie eine Regierung der nationalen Einheit, ~~wie~~ wirken sich für und wider bestimmte Gruppen aus, sie stellen nicht gleiche Startchancen für alle her.

Die Hoffnung, man könne von den konkreten Interessen und Zielvorstellung abstrahieren und das Problem der politischen Entwicklung zu einem Kampf zwischen Gutem und Bösem reduzieren, ist unreal. Die Diskussion um die politische Restauration erzeugt ein falsches Bewußtsein und wirkt sich zu Lasten der Kräfte aus, die die Wiederherstellung der ~~der~~ Demokratie anstreben. Sie nährt den Glauben, daß es eine für alle Seiten befriedigende Regelung erreichbar sei, sie verschweigt die entscheidende Rolle der Vereinigten Staaten. Den Bemühungen um

die Demokratie in Griechenland ist weder mit einer Verniedlichung der Probleme noch mit Formeln gedient, die weil breit inhaltsleer sind. Vornehmliche Aufgabe der demokratischen Kräfte ist es, ein klares Bewußtsein der bestehenden Möglichkeiten und der angestrebten Ziele zu erzeugen. Erst dann wird es möglich sein, statt zwischen großsprecherischen Parolen und herben Enttäuschungen hin und her getrieben zu werden, bei jeder Gelegenheit die eigene Position zu stärken und auf die Entwicklung so einzuwirken, daß eine demokratische und sozialistische Gesellschaft Wirklichkeit wird.